



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Digitalisierung Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 3. Februar 2026

Vorlagen-Nr. 26-F-22-0015

Digitale Meldemöglichkeit zur Unterstützung obdachloser Menschen bei Extremwetterlagen - Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 28.01.2026 -

Der jüngste Einsatz der Stadtpolizei, bei dem eine unterkühlte obdachlose Frau rechtzeitig gerettet werden konnte, zeigt: Bei Extremwetterlagen sind obdachlose Menschen besonders gefährdet. Gleichzeitig appelliert die Stadt an Bürgerinnen und Bürger, hinzuschauen und Hilfe zu organisieren. Derzeit gibt es in Wiesbaden keine niedrighschwellige digitale Möglichkeit, mit der Bürgerinnen und Bürger schnell und gezielt Hinweise auf hilfsbedürftige obdachlose Personen melden können. Meldungen erfolgen über verschiedene Kanäle (Notruf, Polizei, Ordnungsamt, soziale Träger), was im Ernstfall Zeit kostet und zu Unsicherheiten führt.

Andere Städte - etwa Wien mit der sogenannten „KälteApp“ - zeigen, dass digitale Lösungen die Vernetzung von Bürgerschaft, Verwaltung und Streetwork deutlich verbessern können. Solche Anwendungen ersetzen keine Notrufe, können aber Hilfsstrukturen effizient unterstützen und schneller aktiv werden.

Gerade vor dem Hintergrund der Digitalisierung der Verwaltung bietet sich die Chance, Digitalisierung konkret, lebensnah und wirksam einzusetzen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten,

1. ob und in welcher Form eine niedrighschwellige digitale Meldemöglichkeit (z. B. App oder webbasierter Dienst) eingeführt werden kann, über die Bürgerinnen und Bürger unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Anforderungen Hinweise auf hilfsbedürftige obdachlose Personen im öffentlichen Raum melden können, insbesondere bei Extremwetterlagen.
2. welche bestehenden städtischen Strukturen (z. B. Streetwork, Stadtpolizei, soziale Träger) in die Umsetzung eingebunden werden könnten und wie eine koordinierte Zusammenarbeit dieser Akteure ausgestaltet werden kann.

Beschluss Nr. 0010

1. Die mündlichen Ausführungen von Frau Bürgermeisterin Hinninger und Frau Lehnhardt (Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung) werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2026

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2026

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2026

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister